



Präsident Isaias Afwerki traf sich mit dem UN-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika



Asmara, 12. November 2025 – Präsident Isaias Afwerki traf sich am 12. November im Denden Guest House mit Herrn Guang Cong, dem neuen UN-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika.

In den ausführlichen Gesprächen, die sich auf die Entwicklungen am Horn von Afrika konzentrierten, stellte Präsident Isaias fest, dass die Rolle und die Erfolgsbilanz der UN bei der Lösung von Konflikten in der Region nicht effektiv gewesen waren und dass ein neuer Ansatz erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang betonte Präsident Isaias, dass der bloße Einsatz von Friedenstruppen ohne strenge Rechenschaftspflicht und einen ganzheitlichen Rahmen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen kann. Präsident Isaias betonte jedoch, dass die Schuld dafür nicht den Vereinten Nationen zugeschrieben werden kann, da das Problem im Wesentlichen auf die vorherrschende mangelhafte internationale Ordnung zurückzuführen ist.

Präsident Isaias wies auch auf die Unzulänglichkeiten regionaler Organisationen hin, deren Wirksamkeit – trotz der in ihren Mandaten verankerten hochgesteckten Ziele – durch ungerechtfertigte externe Interventionen untergraben worden sind. In den meisten Fällen sind regionale Organisationen zu Vehikeln für externe Agenden geworden.

In Bezug auf die Lage im Sudan betonte Präsident Isaias die historischen Bindungen und die Partnerschaft zwischen den beiden Ländern. Vor diesem Hintergrund hatte Eritrea 2022 ein Konzeptpapier zur Schaffung

einer bürgerschaftsbasierten Volksverwaltungsstruktur vorgelegt, um einen bescheidenen Beitrag zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität im Sudan zu leisten. Die Initiative konnte jedoch aufgrund externer Interventionen, die den Konflikt nur verschärften, keine nennenswerten Fortschritte erzielen.

In einer kurzen Erklärung gegenüber der eritreischen Nachrichtenagentur sagte der UN-Sonderbeauftragte, sein Besuch in Eritrea sei Teil seines Engagements in der Region. Guang Cong zeigte sich auch zufrieden mit den fruchtbaren Gesprächen, die er mit Präsident Isaias Afwerki geführt hatte, lobte den Beitrag Eritreas zur Lösung von Konflikten in der Region und bekräftigte seine uneingeschränkte Bereitschaft, mit Eritrea zusammenzuarbeiten, um Frieden und Stabilität in der Region zu fördern.

An dem Treffen nahmen Außenminister Osman SALEH und Nahla Valji, die UN-Resident-Koordinatorin in Eritrea, teil.

Guang Cong wurde im Juli 2025 zum UN-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika ernannt.

Präsident Isaias nimmt an der Einweihung des Grand Egyptian Museum in Ägypten teil



Asmara, 02. November 2025 – Präsident Isaias Afwerki nahm gestern an der Einweihungsfeier des Grand Egyptian Museum in Gizeh teil, von wo aus man einen Blick auf die drei großen Pyramiden Ägyptens hat. Das Grand Egyptian Museum ist das größte Museum der Welt, das einer einzigen Zivilisation gewidmet ist.

Das Museum, das auf einer Fläche von 300.000 Quadratmetern rund um die Pyramiden von Gizeh errichtet wurde, beherbergt eine Sammlung ägyptischer Artefakte aus verschiedenen Epochen der Zivilisation des Landes, deren Zahl auf über 100.000 Objekte geschätzt wird.

Das Museum, das internationalen Standards entspricht, wird eine bedeutende Attraktion für alle sein, die sich für das reiche kulturelle und historische Erbe Ägyptens interessieren.

An der Einweihungsfeier nahmen Vertreter aus 79 Ländern teil, darunter 39 Staats- und Regierungschefs.

Es ist zu erinnern, dass während des Treffens zwischen Präsident Isaias Afwerki und Präsident Abdel Fattah el-Sisi am 30. Oktober im Al-Ittihadiya-Palast die beiden Staatschefs über die weitere Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie über regionale Entwicklungen und Trends, insbesondere die Lage im Sudan und in Somalia, und die Sicherheit im Roten Meer sprachen.



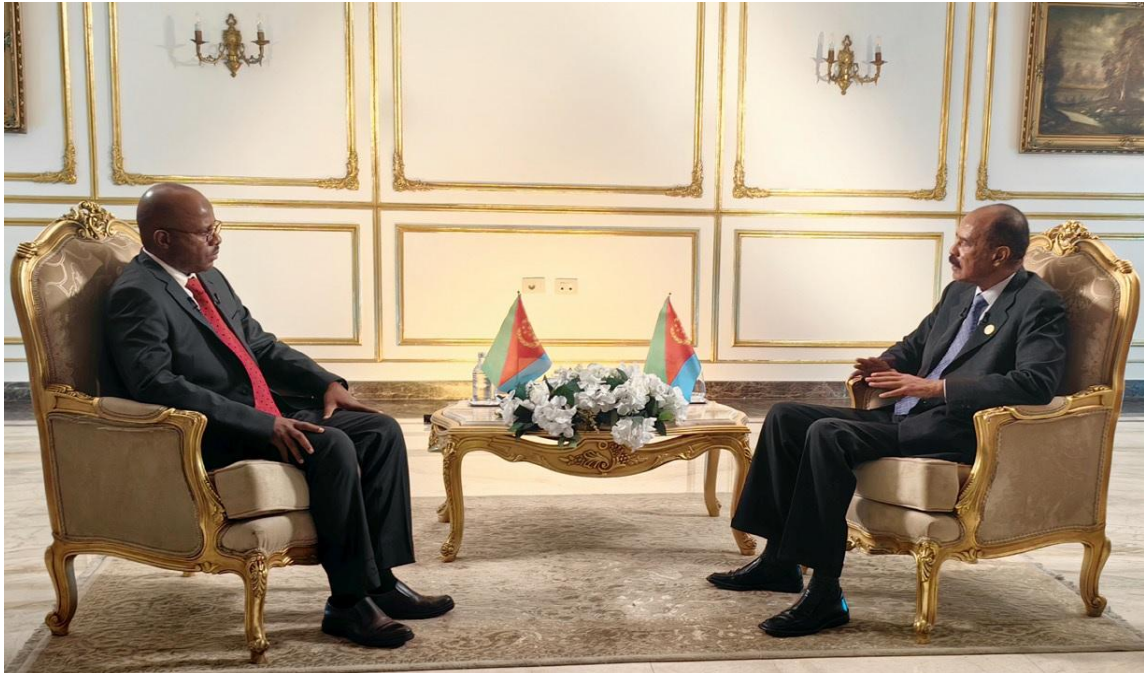
In einem Interview mit dem ägyptischen Fernsehsender Cairo News verwies Präsident Isaias auf die historischen Beziehungen zwischen Eritrea und Ägypten, die sich im Laufe der Zeit gefestigt haben, und hob ihre übereinstimmenden Positionen zu verschiedenen regionalen und internationalen Fragen hervor.

Präsident Isaias betonte auch, wie wichtig es ist, dass die Länder der Region zusammenarbeiten, um Frieden und Sicherheit zu fördern und gefährliche Einmischungen von außen zu verhindern.

Außenminister Osman Saleh gehörte ebenfalls zur Delegation des Präsidenten.

Präsident Isaias Afwerki und seine Delegation kehrten am frühen Nachmittag nach Hause zurück und beendeten damit einen fruchtbaren fünftägigen Besuch in Ägypten.

„Keine Macht kann die Anrainerstaaten des Roten Meeres ersetzen“: Präsident Isaias Afwerki



Präsident Isaias Afwerki stattete der Arabischen Republik Ägypten einen fünftägigen offiziellen Arbeitsbesuch ab (30. Oktober bis 4. November 2025), während dessen er an der Einweihung des Grand Egyptian Museum teilnahm und Gespräche mit Präsident Abdel Fattah el-Sisi führte. Um einen Einblick in den Besuch und seine Ergebnisse zu geben, führte Salahadin Husien von Eri-TV das folgende Interview mit Präsident Isaias. Es folgen Auszüge:

Frage: Exzellenz, lassen Sie uns dieses Interview mit Ihrer Teilnahme an der Einweihung des Grand Egyptian Museum beginnen. Wie war dieses historische Ereignis?

Das Museum und die Einweihungsfeier waren wirklich großartig. Das künstlerische Design, die Bewegungen, die Beleuchtung und alle begleitenden Effekte waren hervorragend. Wir müssen von dieser Erfahrung und von der reichen und alten Geschichte Ägyptens profitieren und daran arbeiten, solche Ideen und kulturellen Ausdrucksformen zu fördern. Es ist eine Gelegenheit, neue Perspektiven zu eröffnen und von diesen künstlerischen Fähigkeiten zu profitieren. Solche Erfahrungen sollten über die Medien verbreitet werden, damit die Bürger davon lernen können. Die Einweihungsfeier war in jeder Hinsicht ein spektakuläres Ereignis, wie wir selbst erleben konnten.

Frage: Herr Präsident, Sie haben sich mit Präsident Abdel Fattah el-Sisi getroffen und Gespräche geführt. Was waren die Ergebnisse dieser Gespräche und welche Rolle spielen sie bei der Stärkung der historischen bilateralen Beziehungen zwischen Eritrea und Ägypten?

Die bilateralen Beziehungen sind auch hinsichtlich ihrer regionalen Dimension und Auswirkungen von Bedeutung. Unsere Zusammenarbeit beschränkt sich nicht nur auf bilaterale Fragen; wir haben auch über die Region und die weitere Nachbarschaft sowie über Themen gesprochen, die Afrika und die gesamte

Region betreffen. Unsere gemeinsame strategische Vision konzentriert sich darauf, wie wir aus dem Sumpf der Marginalisierung, der externen Interventionen, der Instabilität und der Kriege herauskommen und zur Schaffung eines günstigen Umfelds beitragen können, um diese Herausforderungen anzugehen.

Unsere Gespräche umfassten detaillierte Aspekte aktueller Themen und der vorherrschenden Lage, damit wir unser Engagement erneuern, gemeinsame Pläne entwickeln und andere einbeziehen konnten, um alle Interessengruppen in der Region einzubeziehen. Wir konzentrierten uns darauf, das strategische Bewusstsein zu schärfen, Ziele zu klären und verfügbare Ressourcen zu nutzen – ein Prozess, der kontinuierliche Anstrengungen erfordert. Die politische Kultur, die wir in unseren bilateralen und strategischen Beziehungen pflegen, ist von großer Bedeutung, da die Ziele langfristig sind und die Herausforderungen erheblich sind. Die Aufgabe erfordert daher eine Koordinierung zwischen regionalen Zielen und dem globalen Kontext.

Die bilateralen Konsultationen werden fortgesetzt, da es bei einer strategischen Beziehung nicht nur darum geht, eine gemeinsame Erklärung zu einer gemeinsamen Position zu verabschieden, noch ist sie darauf beschränkt. Es bedarf ernsthafter, praktischer Arbeit, um letztendlich echte Beziehungen zu fördern.

Frage: Der Sudan war in Ihren Gesprächen immer präsent, da sowohl Ägypten als auch Eritrea an den Sudan grenzen. Welche gemeinsame Vision haben die beiden Länder, um diese Krise zu lösen und die tragische Situation dort zu überwinden?

Das Problem im Sudan ist in der Tat die größte Herausforderung in unserer Region. Dennoch sind wir entschlossen, unseren Beitrag zur Suche des sudanesischen Volkes nach Lösungen für seine Probleme ohne Einmischung von außen zu verstärken. Was im Sudan geschieht, wird oft als Bürgerkrieg dargestellt. In Wahrheit ist der Sudan jedoch mit einer Verschwörung konfrontiert – einer offenen und verdeckten Invasion. Das ist äußerst bedauerlich.

Das sudanesische Volk hat nach drei schwierigen Jahrzehnten einen spontanen Volksaufstand inszeniert, um eine bessere Zukunft anzustreben. Leider waren die Bedingungen für diesen Übergang nicht günstig. Die Sudanesen hätten einen Fahrplan für die Phase nach dem Übergang entwerfen können, aber externe Interventionen haben den Prozess erschwert, neue Probleme geschaffen und letztlich zu Invasionen geführt. Seit dem Volksaufstand sind wertvolle Zeit und Chancen verloren gegangen, obwohl innerhalb von zwei oder drei Jahren nach dem Aufstand Lösungen hätten gefunden werden können. Die Krise dauert weiterhin an.

Daher sind die Bemühungen Ägyptens und Eritreas neben denen anderer Parteien unverzichtbar. Wir müssen ernsthaft daran arbeiten. Mediale Verzerrungen und die Verfälschung der Realität dienen oft als Rechtfertigung für externe Interventionen. So zielte beispielsweise die ägyptische Initiative, an der die Nachbarländer des Sudan beteiligt waren, darauf ab, die Angelegenheit auf diejenigen zu beschränken, die direkt betroffen sind und mit den bestehenden Realitäten und Fähigkeiten des Sudan am besten vertraut sind, damit sie zur Lösung der Krise beitragen können. Und tatsächlich waren diese Länder viel besser mit der Krise im Sudan vertraut und besser in der Lage, sie zu lösen. Allerdings stieß diese Initiative auf Hindernisse, wie es auch bei anderen regionalen Initiativen der Fall war.

Trotz all dieser Hindernisse bleiben wir als Nachbarländer beharrlich und entschlossen in unseren Bemühungen, eine vom Sudan selbst getragene Lösung zu unterstützen. Denn zwischen dem Sudan und den Völkern der Region bestehen gemeinsame strategische Interessen. Daher ist es die Pflicht aller Regierungen in der Region, in diese Richtung zu arbeiten und das sudanesisches Volk bei der Überwindung dieser Krise zu unterstützen.

Frage: Das Thema Sicherheit und Stabilität im Roten Meer ist ebenfalls von großer Bedeutung, da Eritrea und Ägypten zu den Anrainerstaaten des Roten Meeres gehören. Wie sieht die gemeinsame Vision und die gemeinsamen Bemühungen zur Schaffung eines Koordinierungsmechanismus zwischen diesen Staaten aus?

Dies ist ein komplexes Thema, dessen Dimensionen nur über einen langen Zeitraum hinweg vollständig erklärt werden können. Das Rote Meer ist nicht nur Eigentum der Anrainerstaaten – es ist eine internationale Wasserstraße von immenser geopolitischer Bedeutung, mehr noch als jede andere Seepasssage, sei es im Indischen Ozean oder im Pazifik. Das Rote Meer bringt eine große Verantwortung für die Anrainerstaaten mit sich, darunter Ägypten und Eritrea. Ohne ins Detail zu gehen, ist die Gewährleistung der Sicherheit dieser Seeroute eine strategische Frage, nicht nur für die Länder der Region, sondern auch für die internationalen Mächte.

Das Problem ergibt sich aus den unterschiedlichen Postulaten der verschiedenen Parteien, die zu zunehmenden Einmischungen führen. Als Küstenstaat ist die Position Eritreas klar. Der Vorschlag, den wir bei verschiedenen Gelegenheiten vorgelegt haben und der zwölf Punkte umfasst, dreht sich um Folgendes:

Erstens muss jeder Anrainerstaat über die internen Kapazitäten verfügen, um seine Küsten und Meeresressourcen zu schützen. Diese Nationen benötigen möglicherweise zusätzliche Fähigkeiten und Ressourcen, um ihren Verpflichtungen wirksam nachzukommen. Dennoch gibt es keine externe Macht, die die internen Kapazitäten jedes Anrainerstaates ersetzen könnte. In diesem Sinne hoffe ich, dass diese Aufgabe, auch wenn es hier und da unterschiedliche Ansichten geben mag, eine grundlegende und gemeinsame Forderung von uns allen sein wird. Jeder Anrainerstaat und seine Bevölkerung müssen sich dem Grundprinzip des Schutzes ihrer Meeresressourcen als souveräne Einheit mit eigenen internen Kapazitäten verpflichtet fühlen.

Zweitens: Es muss einen Kooperationsmechanismus zwischen den Anrainerstaaten geben, um ihre Kräfte zu bündeln und diese internationale Wasserstraße durch einen gemeinsamen rechtlichen und institutionellen Rahmen gemeinsam zu sichern. Dieser Prozess erfordert keine ausländischen Militärstützpunkte oder die Einmischung regionaler oder globaler Mächte. Vielmehr sollte die nachhaltige Sicherheit des Roten Meeres von den Nationen der Region selbst und für die Nachwelt gewährleistet werden.

Drittens: In dem hypothetischen Fall, dass die Anrainerstaaten sich als unfähig erweisen, die Seewegstrecke zu schützen, könnte eine internationale Zusammenarbeit innerhalb eines klaren rechtlichen Rahmens eine Rolle spielen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass jeder Anrainerstaat unter dem Vorwand des Schutzes seines Seegebiets Vereinbarungen mit Großmächten oder regionalen Ländern treffen kann. Solche Handlungen sind nicht akzeptabel, da sie weitere Komplikationen und Herausforderungen mit sich bringen. Daher müssen diese Handlungen innerhalb der Grenzen oder des Rahmens des Völkerrechts geregelt werden. Wenn die Anrainerstaaten einen zusätzlichen und alternativen Mechanismus benötigen, um die von ihnen entwickelten Kooperationsmodalitäten zur Gewährleistung der Sicherheit der Seewege zu stärken, müssten

sie untereinander ein Zusatzabkommen ausarbeiten, das dem UN-Sicherheitsrat oder der UNO zur Genehmigung vorgelegt würde.

Außerhalb dieser Vision gibt es keine Rechtfertigung für Vorschläge zur Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte oder für direkte militärische Interventionen gegen einen der Anrainerstaaten des Roten Meeres unter dem Vorwand, die Sicherheit der Seewege zu schützen. Solche Eingriffe können nicht produktiv sein, da sie in der Tat rechtswidrig und inakzeptabel sind. In dieser Hinsicht sind sowohl Eritrea als auch Ägypten bereit, ihren Teil zur Förderung eines kooperativen Umfelds zwischen allen Anrainerstaaten des Roten Meeres beizutragen. Dies ist nicht nur für Eritrea und Ägypten von Bedeutung, sondern betrifft die gesamte Region. Ich halte dies für einen realistischen Ansatz, der keine Komplikationen oder externe Einmischung erfordert. Wir müssen uns weiterhin für diesen umfassenden Vorschlag einsetzen. Dieser Rahmen gewährleistet, dass das Rote Meer eine globale Wasserstraße bleibt, die den Interessen aller Nationen und Völker der Welt dient.

Frage: Somalia war schon immer Teil der Gespräche zwischen Eritrea und Ägypten, und in Asmara fand ein Dreiergipfel zwischen Eritrea, Ägypten und Somalia statt. Welche gemeinsamen Anstrengungen werden unternommen, um die Souveränität Somalias zu wahren, seine nationalen Institutionen wiederaufzubauen und seine Einheit wiederherzustellen?

Die bilateralen Gespräche beschränkten sich nicht nur auf Fragen zum Roten Meer. Das Rote Meer ist mit der Straße von Bab el-Mandeb und dem Golf von Aden verbunden, die wiederum an die Küste Somalias und den Indischen Ozean anschließen – alle diese Gebiete sind geografisch und strategisch miteinander verknüpft. Die geopolitische Bedeutung dieser gesamten Region ist miteinander verflochten.

Wie ich bereits in einem früheren Interview erwähnt habe, verfügt Somalia über eine Küstenlinie von fast 3.000 Kilometern. Die entscheidende Frage ist, wie man Somalia dabei helfen kann, seine Fähigkeiten zum Schutz seines Territoriums, seines Luftraums und seiner Küsten auszubauen. Die Herausforderungen, denen Somalia gegenübersteht – mit schwachen staatlichen Institutionen zur Verteidigung seiner nationalen Interessen, seines Luftraums, seiner Küsten und seines Territoriums – sind offensichtlich. Die Notwendigkeit, die internen Fähigkeiten Somalias zu stärken, ist daher offensichtlich.

Wir haben schon vor der Unabhängigkeit Eritreas daran gearbeitet, Somalias Fähigkeit zur Einrichtung solcher Institutionen zu unterstützen. Niemand kann das ersetzen, was die Somalier selbst tun müssen, um ihre staatlichen Institutionen aufzubauen und zu stützen. Aber der Prozess erfordert Zeit und Ressourcen.

Dasselbe gilt für die Sicherheit des Aden-Golfs – der sich über Somalia, Jemen und Oman erstreckt. Was heute jedoch beunruhigend ist, ist der Versuch externer Kräfte, in dieser speziellen Region Vorherrschaftspositionen zu sichern. Es gibt Bemühungen, Basen in Socotra zu errichten – das Teil des Jemen ist und am Horn von Afrika liegt – und ebenso Versuche, Stützpunkte auf den Inseln Mayun und Zuqar in der Straße von Bab el-Mandeb zu errichten. Betrachtet man diese Geografie – von Socotra bis Mayun – und die Versuche, Somalia zu balkanisieren, ist klar, dass das letztendliche Ziel darin besteht, ein förderliches Klima für die Errichtung ausländischer Militärbasen in diesem Segment zu schaffen, um bestimmte politische Ziele voranzutreiben.

Die Instabilität im Jemen rührt im Wesentlichen auch von dem Streben der Weltmächte her, eine militärische Präsenz aufzubauen. Diese Machenschaften stellen eine ständige Gefahr für das Rote Meer, den Golf von Aden und die Küsten des Indischen Ozeans dar. Daher erfordern sie koordinierte regionale und lokale Anstrengungen, um drohende Gefahren abzuwenden. Und selbst ohne ein umfassendes regionales Abkommen über das Rote Meer, den Golf von Aden und den Küsten des Indischen Ozeans ist die Notwendigkeit der Förderung regionaler Stabilität unbestreitbar. Aus dieser Perspektive und unter Berücksichtigung der strategischen Tiefe und gegenseitigen Abhängigkeit dieser Region ist die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit und Solidarität zwischen ihren Völkern und Regierungen glasklar. Dies ist tatsächlich keine Frage der Wahl, sondern eine historische Verpflichtung.

Danke, Eure Exzellenz

Eritrea Unnachgiebig: Verteidigung der Souveränität gegen Äthiopiens wiederholte Ambitionen

Forschungs- und Informationsabteilung
Außenministerium
23. November 2025

Die jüngste Flut von Erklärungen, Artikeln und Kommentaren, die durch Echo-Kammern von Denkschriften und parteiische Blogs zirkulieren und durch die theatralischen Stand-up-Auftritte der äthiopischen Führung und ihrer Stellvertreter verstärkt werden, offenbart nicht Stärke, sondern eine tiefgreifende Krise der Erzählung. Was sich entfaltet, ist ein politisches Establishment, das darum kämpft, lang gehegte Illusionen mit den gegenwärtigen Realitäten in Einklang zu bringen. Dabei projiziert es ein verzerrtes Verständnis von Äthiopiens normativen Rechten auf Zugang zum Meer und von internationalem Recht, wobei es bequem seine eigene 75-jährige Geschichte von Ambitionen im Roten Meer, destabilisierenden regionalen Politiken, verbrannter Erde im In- und Ausland und den enormen menschlichen Kosten dieser Aktionen auslässt. Die neueste Welle von Auftritten der Kadermitarbeiter der Prosperity Party verkörpert diese Krise.

Dieser orchestrierte Chor von Erklärungen und Berichten ist ein vergeblicher Versuch, Äthiopien als faktischen Hauptakteur im Roten Meer darzustellen. Seine „souveränen“ Argumente für den Zugang zu Häfen, die durch selektive Anrufungen von Sicherheit, historischem Gedächtnis und wirtschaftlicher Notwendigkeit formuliert sind, sind rechtlich nicht haltbar. Sie lassen absichtlich grundlegende Fakten aus: die Unverletzlichkeit der Staatssouveränität; die Normen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zur territorialen Integrität; die zweijährige Besetzung souveränen eritreischen Territoriums durch

Äthiopien; und die Verwechslung legitimer Entwicklungsbedürfnisse mit extraterritorialen Ansprüchen, die kein regionaler oder internationaler Rahmen legitimieren kann.

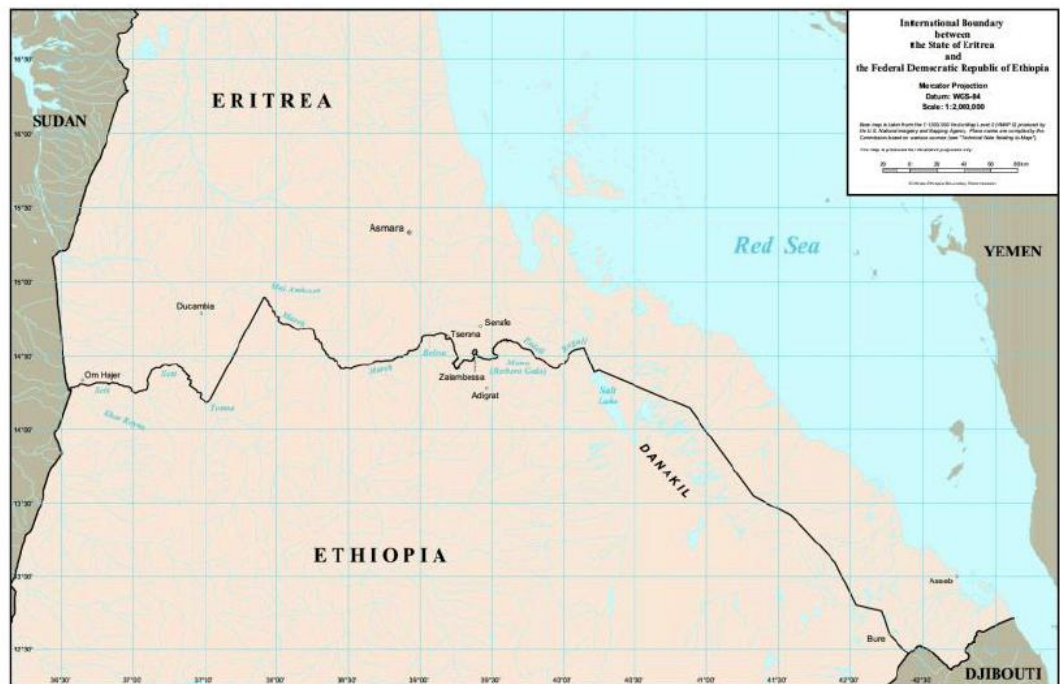
Äthiopiens neueste Narrative-Wäscherei, eingehüllt in Appelle an Sicherheit, Stabilität, wirtschaftliche Notwendigkeit und „Verwandtschaft“, ist ein kalkulierter Versuch, eine strikt bilaterale Angelegenheit in eine regionale Verpflichtung zu verwandeln. Dies ist nicht nur fehlgeleitet; es ist strategisch gefährlich.

Im Kern dieser Kampagne liegt eine bewusste Identitätskonstruktion, die darauf abzielt, Ansprüche auf „staatlichen Zugang“ zum Roten Meer zu legitimieren, indem der Sicherheitsdiskurs als trojanisches Pferd genutzt wird, um politische Ambitionen einzuschleusen, die etablierte Grenzen und souveräne Vereinbarungen übertreffen. Indem Äthiopien diese Ambitionen durch die Sprache der regionalen Notwendigkeit reinwäscht, versucht es, außergewöhnliche Maßnahmen zu normalisieren, die das internationale Recht kategorisch ablehnt und die kein souveräner Staat in Betracht ziehen kann.

Was in den vielen

Erzählungen der Prosperity Party auffällig fehlt, ist kein Zufall.

Diese Auslassungen sind absichtlich. Nie erwähnt werden Eritreas souveränes Recht auf seine Küste, seine international anerkannten Grenzen, die endgültige und



bindende Entscheidung der Eritrea-Äthiopien-Grenzkommission von 2002, die den angeblichen Grenzstreit über Badme und dessen Umgebung endgültig beigelegt hat, oder Äthiopiens anschließende, 18-jährige, illegale Besetzung souveränen eritreischen Territoriums in offener Missachtung des Algiers-Abkommens und des Völkerrechts.

Stattdessen werden aufsehenerregende Bedrohungen wie Piraterie oder die Anfälligkeit von Unterseekabeln als Vorwand genutzt, um zu argumentieren, Äthiopien müsse den „regionalen Handel schützen“. Damit rechtfertigt Äthiopien eine maritime Präsenz und beansprucht ein vermeintliches Recht auf „souveränen Zugang zum Roten Meer“. Dies folgt einem historischen Muster, in dem Sicherheitsängste instrumentalisiert werden, um territoriale Expansion zu rechtfertigen.

Küstenstaaten tragen die Hauptverantwortung für die Sicherheit, Verwaltung und Pflege ihrer eigenen Küstenlinien. Äthiopien kann als Binnenstaat nicht die Rolle eines Vizekönigs über Eritreas souveränen maritimen Bereich übernehmen. Doch in einem vorhersehbaren Muster werden diese Drohungen nicht als echte Aufrufe zur regionalen Zusammenarbeit dargestellt, sondern als Vorwand, um äthiopische illegale Ansprüche voranzutreiben. Befürworter argumentieren, dass Äthiopiens Bedürfnis, den regionalen Handel zu „schützen“, eine permanente maritime Präsenz entlang der Küste Eritreas legitimiert, eine Neuauslegung, die effektiv die Souveränität Eritreas außer Kraft setzen würde.

Das Völkerrecht erkennt an, dass ein Binnenstaat ein Recht auf Zugang zum Meer durch Transitstaaten hat. Dieses Recht ist jedoch bedingt und muss durch gegenseitig ausgehandelte Vereinbarungen und Verträge mit dem Küstenstaat gesichert werden. Es gewährt keine Souveränität, Kontrolle oder Befugnis, militärische oder permanente Sicherheitskräfte im Hoheitsgebiet des Küstenstaates einzusetzen. Versuche, bedingte Zugangsrechte als Lizenz für eine einseitige maritime Präsenz umzudeuten, verzerren sowohl den Geist als auch den Buchstaben des Gesetzes. Eritreas international anerkannte Grenzen und sein souveränes Vorrecht über seine Küste bleiben unantastbar. Jeder Versuch, diese bedingten Rechte in einen Mechanismus für äthiopische Aufsicht oder Durchsetzung entlang der eritreischen Gewässer zu verwandeln, stellt eine direkte Herausforderung an die Souveränität Eritreas dar und setzt einen gefährlichen Präzedenzfall für die regionale maritime Governance.

Im Kern geht es bei Äthiopiens Bemühungen, seinen Zugang als „regionale Notwendigkeit“ neu zu gestalten, nicht um Sicherheit oder Stabilität. Es ist ein Versuch, regionale Normen neu zu gestalten und das Völkerrecht neu zu interpretieren, um eine geopolitische Aspiration zu ermöglichen, die lange durch Geschichte, Verträge und die Souveränitätsrechte seiner Nachbarn eingeschränkt war. Indem Addis Abeba seine Ambitionen als „regionale Verpflichtung“ darstellt, versucht es, eine bilaterale Angelegenheit in ein vermeintliches kollektives Interesse zu verwandeln, und verschleiert damit die Realität, dass es eine einseitige Expansion auf Kosten der international anerkannten Souveränität Eritreas verfolgt.

Wie bereits angedeutet, ist das Völkerrecht eindeutig: Der Zugang für einen Binnenstaat muss durch beidseitig vereinbarte, verbindliche Abkommen mit dem Küstenstaat ausgehandelt werden. Die Souveränität darf nicht durch Machtpolitik oder aggressive Rhetorik untergraben werden. Versuche, ohne Eritreas Zustimmung „souveräne Korridore“, Hafenrechte oder Sonderzonen einzurichten, würden einen direkten Verstoß gegen das Prinzip des Uti Possidetis darstellen, dass die geerbten Kolonialgrenzen wahr, sowie gegen Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta, der die Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen die territoriale Integrität eines Staates verbietet.

Darüber hinaus vermischt Äthiopien in seiner Argumentation auf gefährliche Weise regionale Sicherheit mit einseitigen Ansprüchen. Indem Addis Abeba Bedrohungen wie Piraterie, Instabilität im Roten Meer oder Konflikte im Jemen anführt, versucht es, seine Ambitionen als Gemeinwohl darzustellen und die strategische Realität zu verschleiern. Diese Manipulation der öffentlichen Meinung, eine wiederkehrende Taktik in Äthiopiens Außenpolitik, instrumentalisiert historische Ressentiments und Sicherheitsängste, um expansionistische Ziele zu rechtfertigen und gleichzeitig die legitimen Rechte und souveränen Vorrechte Eritreas zu missachten.

Hinter dieser Theatralik verbirgt sich eine tiefere Realität: eine abnorme Psyche, die darauf konditioniert ist, maritime Ansprüche nicht als Ambition, sondern als Schicksal zu betrachten. Bestimmte äthiopische Eliten haben eine so tief verwurzelte Obsession mit dem Roten Meer entwickelt, dass sie als ideologischer Reflex fungiert, der vom Kaiserhof an die Wohlstandspartei weitergegeben wurde. Ihre Grundlage bildet eine politische Mythologie, nicht Recht oder Geografie: die Überzeugung, dass der Zugang zum Meer Äthiopiens „Recht“ sei und jedes Hindernis eine „Ungerechtigkeit“ darstelle. Heute verpacken Kader der Wohlstandspartei alte Fantasien einfach als „Integration“, „gemeinsame Sicherheit“ oder wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Botschaft bleibt unverändert: Äthiopiens unhaltbare Ambitionen haben Vorrang vor der Souveränität anderer.

Äthiopien besaß nie eine rechtmäßige souveräne Präsenz am Roten Meer, außer während seiner Besetzung Eritreas im Rahmen der Föderation und der darauffolgenden einseitigen Annexion, die beide weder rechtmäßig noch international anerkannt waren. Jahrzehntlang versuchte Addis Abeba, eritreisches Territorium als sein eigenes zu behandeln und ignorierte dabei den Willen des eritreischen Volkes und das Völkerrecht. Jegliche heutigen Behauptungen, Äthiopien besitze ein „Recht“ auf das Rote Meer, sind eine Fortsetzung dieses Geschichtsrevisionismus. Das Völkerrecht ist eindeutig: Die Souveränität über Küstengebiete liegt beim Anrainerstaat, und der Zugang für Binnenstaaten muss durch einvernehmliche Abkommen gesichert werden, nicht durch Zwang, Gewalt oder politische Rhetorik. Äthiopiens Versuche, seine historische Besetzung als Anspruch umzudeuten, können die einfache Wahrheit nicht verschleiern: Allein Eritrea besitzt die rechtmäßige Souveränität über seine Küste.

Diese historische Bilanz unrechtmäßiger Besetzung bildet den Hintergrund für die selektiven Darstellungen, die die PP heute verbreitet, und offenbart ein anhaltendes Muster der Verzerrung und Verleugnung.

Äthiopiens Außenminister Gedion präsentierte kürzlich eine umfassende Darstellung der Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea, in der er selektive Erinnerungen, juristische Halbwahrheiten und politische Nostalgie miteinander verknüpfte. Seine Darstellung lässt wichtige Entwicklungen aus, die den 75-jährigen Konflikt befeuerten, wodurch seine Erzählung in Widersprüchen zusammenbricht. Wenn er behauptet, „die äthiopisch-eritreische Frage scheine einer der immer wiederkehrenden Brennpunkte zu sein“, umgeht er bewusst die eigentliche Ursache: Äthiopiens Besetzung souveräner eritreischer Gebiete. Unterstützt von externen Mächten, inszenierte Äthiopien die von der UNO mandatierte Föderation Eritreas und löste sie später wieder auf. Dadurch untergrub es dessen Recht auf Dekolonisierung, verstieß gegen internationale Verpflichtungen, annektierte eritreisches Territorium unter Verstoß gegen UN-Resolutionen und wurde zum ersten afrikanischen Staat der Neuzeit, der ein anderes afrikanisches Gebiet kolonisierte. Diese Handlungen zwangen Eritrea in einen 30-jährigen Kampf um die Unabhängigkeit.

Nach Eritreas Unabhängigkeit 1991 führte Äthiopien den expansionistischen Krieg von 1998 bis 2000. Obwohl die Abkommen von Algier den Konflikt beendeten, verstieß Äthiopien gegen sie, indem es 18 Jahre lang souveränes eritreisches Territorium besetzte und damit die endgültigen und bindenden Beschlüsse der Grenzkommission (EEBC) missachtete. Äthiopien spielte zudem eine Stellvertreterrolle bei der Orchestrierung von neun Jahren UN-Sicherheitsratsanktionen gegen Eritrea. Dieses Erbe ungesühnter Verstöße, und nicht etwa eine vermeintliche eritreische „Pathologie“, ist der eigentliche „immerwährende Brennpunkt“.

Die rechtlich bindende Realität bleibt die endgültige und verbindliche Entscheidung des EEBC, die Äthiopien fast zwei Jahrzehnte lang ablehnte. Der EEBC ordnete Badme, den Kriegsgrund, Eritrea zu. Äthiopien akzeptierte zwar das Abkommen von Algier, das diese Entscheidungen als „endgültig und verbindlich“ bestätigte, widerrief aber gleichzeitig das Urteil bei dessen Verkündung. Kein Staat kann sich einerseits auf das Völkerrecht berufen und andererseits wieder verwerfen; Glaubwürdigkeit beginnt mit der Einhaltung von Verträgen.

Seit 25 Jahren führt Äthiopien eine intensive Verleumdungskampagne, um die internationale Darstellung Eritreas zu verzerren und Eritrea als „Problem“ darzustellen, um die eigenen Ambitionen zu verschleiern. Die jüngste Kampagne ist lediglich deren neueste Ausprägung. Die romantisierte Darstellung des äthiopischen „Muts“ im Jahr 2018 und seiner Rolle bei der „Wiederherstellung des internationalen Ansehens Eritreas“ durch den Minister ist ebenso irreführend. Eritreas sogenannte „Wiederherstellung“ war keine äthiopische Wohltätigkeit; sie war die Erkenntnis der internationalen Gemeinschaft, dass die Sanktionen keine glaubwürdigen Beweise hatten. Die Monitoring-Gruppe erklärte wiederholt, sie könne die Vorwürfe nicht belegen.

Äthiopien trug selbst zur Verbreitung dieser Narrative bei und arbeitete dabei mit Akteuren in Brüssel, Washington und verschiedenen multilateralen Foren zusammen, die eine negative Agenda gegenüber Eritrea verfolgten. Die Ironie ist unübersehbar: Derselbe Staat, der einst Hand in Hand mit Mächten arbeitete, die Eritrea isolieren wollten, beansprucht nun die Lorbeeren für die „Behebung“ des Schadens, den er selbst mitverursacht hat.

Der Revisionismus erreicht seinen Höhepunkt mit der Behauptung, die eritreische Kolonie sei absichtlich gegründet worden, um Äthiopien den Zugang zum Meer zu versperren – eine historisch falsche und juristisch absurde Vorstellung. Eritreas Grenzen wurden durch internationale Verträge und gemäß den üblichen Staatsbildungsprozessen moderner afrikanischer Staaten festgelegt. Eritrea ist kein anti-äthiopisches Konstrukt; es entstand durch langwierige historische und rechtliche Prozesse: Besatzung durch verschiedene Kolonialmächte, die von der UNO erzwungene Föderation, Widerstand gegen illegale Annexionen, ein international überwacht Referendum und die Aufnahme in die UNO.

Der Vorwurf, Eritrea agiere als Instrument aller äthiopisch feindlich gesinnten Kräfte, ist geradezu lächerlich. Äthiopiens eigene Geschichte zeigt ein durchgängiges Muster externer Instrumentalisierung – vom Koreakrieg über die Bündnisse im Kalten Krieg bis hin zum Militarismus nach dem 11. September –, bei den globalen Mächten für die Verfolgung regionaler Vorherrschaft instrumentalisiert wurden. Äthiopiens Mitwirkung an den UN-Sanktionen von 2009 und deren Steuerung unter Nutzung der AU, der IGAD und westlicher Unterstützer ist das deutlichste Beispiel. Verantwortung kann nicht durch Projektion ersetzt werden. Doch die Rhetorik hält an...

In einem anderen Artikel behauptet Biruk Mekonnen, Äthiopiens Botschafter in Großbritannien und Irland, Äthiopien stehe für:

„...Souveränität, gegenseitigen Respekt und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten...“

Doch wenn Äthiopien diese Prinzipien wirklich befolgen würde, würde es nicht fortwährend irreführende Erklärungen zum „souveränen Zugang zum Meer“ abgeben oder seine tägliche Flut anti-eritreischer Narrative fortsetzen. Die Achtung der eritreischen Souveränität hätte genügt.

Weiter schreibt er:

„...Das Horn von Afrika und der Rote-Meer-Korridor verdienen eine echte Partnerschaft, eine Partnerschaft, die auf Respekt und nicht auf Paternalismus, auf Zusammenarbeit und nicht auf Konkurrenz beruht... Die einzige dauerhafte Stabilität entsteht aus gegenseitigem Respekt, Entwicklung und dem Geist der Afrikanischen Union, wo Souveränität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung keine selektiven Prinzipien, sondern gemeinsame Verpflichtungen sind...“

Diese Worte klingen angesichts Äthiopiens bisheriger Praxis – von Interventionen und Lobbyarbeit bis hin zu Verleumdungskampagnen – hohl.

Mekonnen merkt an, dass „Stabilität“ und „Sicherheit“ oft „alte Ambitionen im neuen Gewand“ verschleiern. Kein Staat in der Region hat diese Rhetorik konsequenter eingesetzt als Äthiopien, um hegemoniale Ziele zu verschleiern. Imperiale, militärische und föderale Regierungen haben expansionistische Politiken gleichermaßen als „Einheit“, „Stabilität“ oder „afrikanische Lösungen“ dargestellt.

Auch Zerihun Abebe, Generaldirektor für afrikanische Angelegenheiten im äthiopischen Außenministerium, enthüllt die tieferliegende Psychologie der Regierungspartei. Er argumentiert:

„Äthiopien ist durch gemeinsame Bevölkerungen, Ressourcen und Infrastruktur eng mit seinen Nachbarn verbunden ... und wenn es isoliert wächst, läuft es Gefahr, zu einer ‚einsamen Dekoration‘ zu werden.“

Dies ist ein weiterer Lieblingsspruch der PP-Kader, die expansionistische Absichten nun in die Sprache der „Interdependenz“ kleiden, als müssten Nachbarstaaten ihre Souveränitätsrechte irgendwie an Äthiopiens Ambitionen anpassen. In Wahrheit handelt es sich um eine recycelte Version der alten „Verwandtschafts“-Erzählung, die einst zur Rechtfertigung territorialer Ansprüche diente. Haile Selassie bediente sich derselben Rhetorik und beharrte darauf, dass Eritreer „von Rasse und Tradition her Äthiopier“ seien und dass sie „dem Blut, der Sprache und dem Glauben nach Äthiopier“ seien, um die Annexion zu rechtfertigen und sich ungehinderten Zugang zum Roten Meer zu sichern.

Was Äthiopien heute als „Afar-Frage“ bezeichnet, ist in Wirklichkeit eine bewusste Identitätskonstruktion, die darauf abzielt, Eritreas territoriale Integrität zu untergraben und einen Vorwand für souveräne Ansprüche auf das Rote Meer zu schaffen. Indem Addis Abeba die Afar-Identität über Grenzen hinweg politisiert und ein stolzes Volk zu einem geopolitischen Instrument degradiert, versucht es, die Idee zu naturalisieren, dass die „Afar-Verwandtschaft“ Äthiopien zu Korridoren, Häfen oder Territorium innerhalb Eritreas berechtigt.

Dies spiegelt das alte imperialistische Muster wider: Haile Selassie berief sich auf kulturelle Verwandtschaft, um die Föderation und anschließend die Annexion zu rechtfertigen; die Wohlstandspartei wiederholt diese Logik unter dem Deckmantel regionaler Stabilität. Doch die Afar-Gemeinschaften Eritreas

sind keine Spielfiguren auf einem maritimen Schachbrett, und gemeinsame ethnische Bindungen heben die Unantastbarkeit internationaler Grenzen nicht auf. Eritreas Küste und seine Souveränitätsrechte bleiben unverletzlich. Äthiopiens Versuch, expansionistische Ambitionen als Schutz der Gemeinschaft oder regionale Notwendigkeit zu tarnen, ist nicht nur historisch unehrlich, sondern auch eine direkte Bedrohung der Rechtsordnung am Horn von Afrika.

Trotz dieser fadenscheinigen Behauptungen über Verwandtschaft verübten aufeinanderfolgende äthiopische Regime in Eritrea weitverbreitete Gewalt: schwere Gräueltaten, Zerstörung von Dörfern, Niederbrennen von Ackerland und die Zerstörung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Die Erzählung von der „Verwandtschaft“ verschleierte Herrschaft, nicht Einheit. Ihre Wiederbelebung dient heute demselben Zweck: expansionistische Ziele mit kultureller Rhetorik zu verschleiern. So wie Haile Selassie Verwandtschaft instrumentalisierte, um Eritrea zu kolonisieren, instrumentalisiert die PP-Führung nun die Afar-Identität, um geopolitische Ziele voranzutreiben.

Grenzüberschreitende Verwandtschaft existiert in ganz Afrika; sie verleiht jedoch kein Recht zur Annexion. Tatsächlich würde Äthiopien selbst stark zersplittert, wenn diese Logik konsequent umgesetzt würde. Das ölreiche Ogaden würde Somalia angegliedert, Benishangul dem Südsudan usw. Indem Äthiopien die Identität der Afar beruft, versucht es, Eritreas souveräne Küste als natürliches Recht darzustellen. Staatlichkeit und Küstenstatus sind rechtliche Tatsachen, keine demografischen oder emotionalen Konstrukte. Äthiopiens Größe macht aus einem Binnenstaat keinen Küstenstaat.

Die jüngste „Dialog“-Kampagne der PP ist heuchlerisch. Obwohl sie die Sprache des Friedens spricht, rüstet sie auf und verspricht offen, „Millionen“ äthiopischer Leben zu opfern, um die kleine Bevölkerung Eritreas zu „überwältigen“ und souveräne eritreische Gebiete zu erobern. Einem Regime, das seine Jugend als entbehrliche Ressource, als menschliches Kapital für geopolitische Ambitionen, behandelt, kann man nicht trauen. Solche Rhetorik offenbart kein Bekenntnis zum Dialog, sondern die Bereitschaft, das eigene Volk im Streben nach territorialer Revision zu opfern. Trotz jahrzehntelanger Aggression und Herablassung hat Eritrea seine Souveränität bewahrt. Im Gegensatz dazu zerstört die Wohlstandspartei weiterhin Brücken und untergräbt die Friedensperspektiven für Äthiopier, die Entwicklung und nicht Konflikt anstreben.

Die Führung der Wohlstandspartei preist die Medemer-Philosophie als den ultimativen Leitfaden für Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region. Ihre bisherige Bilanz zeichnet jedoch ein völlig anderes Bild. In den letzten Jahren hat es nichts als Tod, Zerstörung und die Vertreibung von Millionen Menschen gebracht. Hinter der glänzenden Fassade verbirgt sich ein Äthiopien am Rande des Abgrunds, das unter der Last von Korruption, erdrückender Verschuldung und Regierungsversagen zusammenbricht.

In diesem Kontext ist die Verhöhnung der Nakfa-Prinzipien durch Außenminister Gedion als „Syndrom“ aufschlussreich. Nakfa verkörpert Selbstständigkeit, Disziplin, Widerstandsfähigkeit und nationale Opferbereitschaft – genau jene Werte, die es Eritrea ermöglicht haben, trotz jahrzehntelanger Aggression von außen Stabilität und Souveränität zu bewahren. Indem Gedion Nakfa als „Syndrom“ abtut, offenbart er nicht Eritreas Schwächen, sondern Äthiopiens Unbehagen gegenüber einem Nachbarn, dessen Disziplin, Unabhängigkeit und nationalen Zusammenhalt es nur schwer nachvollziehen kann. Während Medemer ein rhetorisches Projekt bleibt, ist Nakfa gelebte Realität: ein Leitfaden für Überleben, Regierungsführung und die unerschütterliche Verteidigung von Volk und Staat.

Erklärung von Botschafter Salih Omar Abdu beim 7. AU-EU-Gipfel

Erklärung von

Seiner Exzellenz Botschafter Salih Omar Abdu

Leiter der Delegation des Staates Eritrea

auf dem

7. Gipfel der Afrikanischen Union – Europäischen Union

Unter Sitzung I: „Frieden, Sicherheit und Governance; und Multilateralismus“

24. November 2025,

Luanda, Republik Angola

Eure Exzellenzen, Co-Vorsitzende,

Alle Protokolle eingehalten.

Es ist mir eine große Ehre, im Namen des Staates Eritrea die 7. AU-EU-Gipfel unter dem Motto „Förderung von Frieden und Wohlstand durch effektiven Multilateralismus“ anzusprechen.

Erlauben Sie mir zu Beginn, diesem ehrwürdigen Gipfel die herzlichen Grüße von H.E. Herrn Isaias Afwerki, Präsident des Staates Eritrea, zu übermitteln.

Ich möchte auch meine herzliche Dankbarkeit gegenüber dem Volk und der Regierung der brüderlichen Republik Angola für die warme Gastfreundschaft ausdrücken, die mir und meiner Delegation seit unserer Ankunft in dieser schönen Stadt Luanda entgegengebracht wurde.



Eure Exzellenzen, Co-Vorsitzende,

Die Partnerschaft zwischen AU und EU in diesem Format besteht seit dem Jahr 2000. Es versteht sich von selbst, dass die Interaktion zwischen den beiden benachbarten Kontinenten Jahrtausende zurückreicht. An diesem Punkt ist es unerlässlich, die Stärken und Schwächen der Partnerschaft im letzten Vierteljahrhundert ernsthaft zu bewerten und einen Fahrplan zu entwerfen, der den Mehrwert der Partnerschaft auf der Grundlage der Prinzipien der Mitverantwortung, der geteilten Verantwortlichkeiten und des gegenseitigen Nutzens optimiert.

Diese Aufgabe wird dringend, da wir eine verstärkte Konkurrenz und Konflikte aufgrund der laufenden Neugestaltung des internationalen Systems beobachten.

Über Frieden und Sicherheit

Ein wichtiger Pfeiler der Partnerschaft zwischen unseren beiden Unionen ist die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit auf den beiden Kontinenten und auf globaler Ebene. Die Stabilität des aktuellen internationalen Systems hängt von dem Engagement jedes einzelnen Staates ab, die grundlegenden Prinzipien, die es untermauern, zu respektieren. Wie im Entwurf der Gemeinsamen Erklärung dieses Gipfels angegeben, sind die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Staaten nicht verhandelbar und dürfen nicht verletzt werden; Staaten müssen auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren internationalen Beziehungen verzichten. Die uneingeschränkte Einhaltung dieser in der UN-Charta verankerten Grundsätze ist eine unabdingbare Voraussetzung für friedliche zwischenstaatliche Beziehungen.

Über Multilateralismus

Eure Exzellenzen, Co-Vorsitzende,

Die stetig zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der Völker und Nationen der Welt erfordert die Stärkung und Reform des multilateralen Systems, um es in die Lage zu versetzen, gemeinsame Bedrohungen zu bewältigen und kollektive Chancen zu nutzen. Das Engagement der beiden Unionen für den Multilateralismus ist ermutigend. Es besteht jedoch ein dringender Bedarf, die Reform des multilateralen Systems zu beschleunigen, um es repräsentativer, gerechter und fairer zu gestalten. Diese Reform sollte die fortdauernde Marginalisierung Afrikas in allen Aspekten der globalen Governance ansprechen. Der Erfolg der Reform wird maßgeblich davon abhängen, ob das gemeinsame Verständnis der Unentbehrlichkeit des Systems auf die Notwendigkeit ausgeweitet wird, eine multilaterale Ordnung zu schaffen, die den bisher marginalisierten Teilen der Welt, insbesondere Afrika, eine gleichberechtigte Stimme und einen gleichberechtigten Einfluss verleiht.

Eritrea ist besorgt, dass die Verhängung einseitiger Sanktionen gegen mehrere afrikanischen Länder deren Bemühungen um den Zugang zu internationaler Entwicklungs- und Klimafinanzierung, die Industrialisierung und die Mobilisierung von privatem Kapital erheblich behindert. Dies erschwert die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Verfolgung der Agenda 2063 – des Afrikas, das wir uns wünschen.

Eure Exzellenzen, Co-Vorsitzende,

Abschließend möchte ich Eritreas anhaltendes Engagement für die Förderung von Frieden und Sicherheit am Horn von Afrika und in der Region des Roten Meeres bekräftigen. Eritrea setzt sich weiterhin dafür ein, diese Partnerschaft zu einer für beide Seiten vorteilhaften und durch gemeinsame Verantwortung gewinnbringenden Zusammenarbeit zu gestalten.

Ich danke Ihnen!

Aus der Gemeinsamen Erklärung des 7. Gipfels der Afrikanischen Union - Europäischen Union 2025, 24.-25. November 2025

4. Wir bekräftigen unser starkes Bekenntnis zur internationalen Ordnung, die auf internationalem Recht und effektivem Multilateralismus basiert, der im Völkerrecht verankert ist, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen und ihrer Zwecke und Grundsätze sowie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Wir setzen uns für die Reform internationaler Institutionen ein, um gemeinsam globale, regionale und nationale Herausforderungen anzugehen. Wir verpflichten uns, die Regeln und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich derjenigen der Souveränität und territorialen Integrität sowie der politischen Unabhängigkeit, aufrechtzuerhalten; diese Prinzipien können nicht verhandelt oder kompromittiert werden. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir die Verpflichtung aller Staaten, in ihren internationalen Beziehungen von der Androhung oder Anwendung von Gewalt abzusehen. (Übersetzt aus dem Englischen ins Deutsche von: *Meldungen aus ERITREA*)

Wenn Rhetorik das Gesetz überstimmt: Die Obsession der Potemkin-Partei mit Meereszugang

Weldu Ghebreselasie (PhD)
Meinung & Analyse

Beim 118. Tag der äthiopischen Verteidigungskräfte, der bei der Marine stattfand, beklagte der Generalstab der Armee erneut, dass es unfair sei, Äthiopien den Zugang zum Meer zugunsten einer zweimillionenköpfigen Gemeinschaft zu verweigern – eine unmissverständliche Anspielung auf Eritrea, selbst wenn die zitierte Zahl aus absichtlichen oder anderen Hintergedankengründen falsch ist.

Der Generalstabschef der Armee argumentierte, dass die Bevölkerung Äthiopiens innerhalb der nächsten 25 Jahre 200 Millionen erreichen werde, und stellte den Binnenstatus des Landes nach internationalem Recht als "unlogisch" dar. Er ging weiter und warf "historischen Gegnern, Äthiopien den maritimen Zugang vorzuenthalten" und spielte auf "Baupläne" an, die auf dem Tisch lagen, um die Verteidigungsstreitkräfte zu stärken, die Entwicklung zu beschleunigen und den "souveränen" Seezugang für das Land zu sichern.

Diese Rhetorik, die an Absurdität grenzt, wurde vom PP-Premierminister in seiner Ansprache an die Volksvertreter am 28. Oktober 2025 wiederholt. Der Premierminister betonte, dass Äthiopien ein rechtliches und historisches Recht auf das Rote Meer habe, und versprach, "den Fehler der letzten 30 Jahre"

zu korrigieren. In derselben Rede, um "Opfer zu spielen" und seine Kriegsagenda zu rechtfertigen, warf er Eritrea fälschlicherweise "Kriegstreiberei" vor und warnte, dass jeder Krieg katastrophale Folgen für Eritrea haben würde.

Solche von Obsessionen getriebenen Aussagen spiegeln eine anhaltende Verachtung für die souveränen Rechte anderer Nationen wider; eine Missachtung des Völkerrechts; und eine Tendenz, die Aufmerksamkeit von den tiefgreifenden wirtschaftlichen und inneren Instabilitätsproblemen abzulenken, die das Land plagen.

So beunruhigend es auch ist, scheinen die politischen Vertreter der PP sich zu wünschen, dass das Völkerrecht ihnen erlaubt, einen Hafen und einen Seezugang zu "besitzen". Dabei übersehen sie ein grundlegendes Prinzip, das in Artikel 2(1) der UN-Charta verankert ist: "Die Organisation basiert auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder."

Dieses Prinzip zielt darauf ab, den internationalen Frieden zu wahren, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und die internationale Zusammenarbeit zu fördern. Eritrea – ob es nun zwei Millionen oder zwanzig Millionen Menschen beherbergt – ist ein souveräner Staat, dem die durch die UN-Charta garantierten Rechte zustehen. Die Potemkin-Partei kann sich nicht auf Bevölkerungsstatistiken berufen, um ein Ziel zu legitimieren, das von Natur aus rechtlich unerreichbar ist.

Die wiederholte Behauptung, Äthiopien habe ein rechtliches und historisches Anrecht auf eritreische Häfen, ist irreführend und ein fadenscheiniger Vorwand für die Kriegspolitik der PP. Die internationale Öffentlichkeit hat dies schon unzählige Male gehört. Die Instrumentalisierung von Mythen, Illusionen und Desinformation durch die PP zur Rechtfertigung des Seezugangs steht im eklatanten Widerspruch zu Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta, der alle Mitgliedstaaten verpflichtet, jegliche Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates zu unterlassen.

Die Fixierung der Potemkinschen Partei auf die Aneignung dessen, was rechtmäßig einer anderen souveränen Nation gehört, spiegelt eine Form politischen Narzissmus wider – eine Missachtung der Rechte, Normen und Gesetze anderer. Psychologische Studien legen nahe, dass solcher Narzissmus oft mit einem Mangel an Empathie und einem übertriebenen Anspruchsgefühl korreliert.

Die irrationale Besessenheit vom Zugang zum Meer spiegelt auch die verdrehte politische Mentalität der PP wider, die durch Schuldzuweisung und Verantwortungsverweigerung gekennzeichnet ist. Anstatt innenpolitische Versäumnisse anzuerkennen, schieben die PP-Eliten die Schuld auf 'äußere Feinde', darunter auch Eritrea. Zudem werden irredentistische Ambitionen und Agenden, die in manchen Kreisen nachhallen, bis zum Äußersten ausgenutzt und mit psychologischer Kriegsführung vermischt. In seiner Rede im Parlament übertrieb der Premierminister die militärische Stärke Äthiopiens, um die Bevölkerung zu verunsichern. Wie man so schön sagt: Ein kleines Geldstück in einem großen Gefäß klappert am lautesten. Es ist erwähnenswert, dass in Eritrea hat nicht mit Säbelrasseln. Handeln wie eine biegsame Figur von bestimmten regionalen Mächten, die Potemkin-Partei hat sich eine wahre Quelle der Destabilisierung nicht nur in Äthiopien, sondern in der gesamten Nachbarschaft HOA.

Es ist erwähnenswert, dass Eritrea nicht mit Kriegsgeräuschen um sich geschlagen hat. Als ein biegsames Bauernopfer bestimmter regionaler Mächte ist die Potemkin-Partei zu einer echten Quelle der Destabilisierung nicht nur innerhalb Äthiopiens, sondern in der gesamten HOA-Nachbarschaft geworden.

Schlussbemerkung:

Die Fixierung der PP auf eritreisches Hoheitsgebiet kann keine internationalen Grenzen neu ziehen. Eritreas Zurückhaltung sollte nicht mit Schwäche verwechselt werden; es sind Weitsicht und Besonnenheit, nicht militärischer Pomp und Willkür, die den Frieden fördern. Die PP-Führung muss erkennen, dass ihre Gier und ihr Narzissmus den Völkern beider Länder und der gesamten Region unnötigen und vermeidbaren Schaden zufügen. Es ist höchste Zeit, dass sie Respekt, friedliche Koexistenz und echte Nachbarschaft leben.

Impfquote bei Kindern auf nationaler Ebene

Asmara, 20. November 2025 – Herr Tedros Yihdego, Leiter des Impfprogramms im Gesundheitsministerium, gab an, dass die Impfquote bei Kindern landesweit über 98 % erreicht hat.

Herr Tedros sagte, dass infolge der starken Bemühungen, die seit der Unabhängigkeit unternommen wurden, die Verbreitung von Polio, Tetanus, Masern und Rotavirus kurz vor der Ausrottung steht. Er erklärte auch, dass an Landgrenzen, Flughäfen und Häfen eine intensive Nachverfolgung durchgeführt wird, um die grenzüberschreitende Verbreitung von Krankheiten zu kontrollieren, und dass Impfprogramme gegen Polio und Masern in 27 Unterzonen in den Regionen Southern und Gash Barka durchgeführt wurden.

Herr Tedros sagte weiter, dass seit August 2025 in allen Regionen des Landes Impfungen gegen Hepatitis und Hepatitis-Virus 'B' angeboten werden, um die Verbreitung der Krankheiten bei schwangeren Frauen und Säuglingen zu kontrollieren.

Darüber hinaus sagte Herr Tedros, dass die Einführung von Malaria- und Fieberimpfungen, die Organisation von Impfprogrammen und die Kontrolle grenzüberschreitender Krankheiten zu den Aktivitäten gehören, die das Gesundheitsministerium für 2026 plant.

Eritrea glänzt bei der Afrikanischen Radmeisterschaft

Asmara, 24. November 2025 – Das eritreische National-Radteam, das an der Afrikanischen Radmeisterschaft 2025 teilnahm, die vom 20. bis 23. November in Kenia stattfand, errang insgesamt 10 Medaillen in beiden Geschlechtern, darunter 3 Gold-, 5 Silber- und 2 Bronzemedailles.

Beim letzten Straßenrennen am 23. November haben sich der Olympiateilnehmer Merhawi Kudus in der Elitegruppe, Awet Aman in der U23-Kategorie und Natan Medhanie in der Junioren-Kategorie in ihren jeweiligen Kategorien hervorgetan und Goldmedaillen gewonnen.

Ebenso gewann Nahom Efrem eine Silbermedaille in der Junioren-Kategorie, während Mewael Germal eine Silbermedaille in der U23-Kategorie sicherte.

In der Frauenkategorie gewann Adiam Tesfu eine Silbermedaille im Junioren-Zeitfahren, Monaliza Araya eine Bronzemedaille in der U23-Kategorie, Suzana Fesehaye sicherte sich eine Bronzemedaille in der U23-Kategorie, und Birikti Fesehaye gewann eine Silbermedaille im Straßenrennen.



Falls Sie diesen Newsletter regelmäßig erhalten möchten, bitte kontaktieren Sie uns unter dieser E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de



Bekannt für seine unberührten Strände und Meereslebewesen bietet die Hafenstadt Massawa eine einzigartige Kombination aus Geschichte und architektonischer Schönheit, was sie zu einem attraktiven Ziel für Touristen macht. Die beste Zeit, um Massawa zu besuchen, ist von September bis Februar, wenn das Wetter im Vergleich zu den heißen Sommermonaten sehr angenehm ist.



Herausgeber:
Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien –
Stavangerstr. 18
10439 Berlin
Tel: 030-44 67 46 17

Für noch mehr Informationen über Eritrea bitte besuchen Sie unsere Website
<https://botschaft-eritrea.de>
E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de